

hältnisse und über Rechte und Belastungen nur einen kleinen, wenngleich sehr wichtigen Teil. Das digital geführte amtliche Liegenschaftskataster ist wesentlicher Nukleus der Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) und als Wirtschaftsgut ersten Ranges einzustufen. Es muss sichergestellt bleiben, dass die mit der Führung und Benutzung dieser komplexen amtlichen Geoinformationssysteme verbundenen rechtlichen, technischen, verwaltungsmäßigen und kaufmännischen Belange auch in Zukunft im Interesse aller staatlichen und privaten Nutzer kompetent geleistet werden können.

Ich hoffe, dass meine Ausführungen dazu beitragen, die Einschätzung der Bundesnotarkammer zu Zweck, Funktion und Selbstverständnis des heutigen Liegenschaftskatasters zu fundieren. Darüber hinaus stehe ich Ihnen sowohl für weitere Informationen als auch für konstruktive Diskussionen selbstverständlich gerne zur Verfügung. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie unsere Stellungnahme über die Kommunikationswege der Kammer möglichst weitgehend publizieren würden.

Reinhard Klöppel

Brandenburg verabschiedet Masterplan eGovernment

Die Landesregierung Brandenburg hat mit der Verabschiedung des Masterplans eGovernment und 21 sogenannten „Leitprojekten“ einen zentralen Bestandteil der Verwaltungsmodernisierung in Brandenburg auf den Weg gebracht. Der Masterplan, der in den letzten Monaten unter Federführung des Ministeriums des Innern in intensiver Zusammenarbeit mit allen Ministerien und der Staatskanzlei entstanden ist, wurde im Juli vom Kabinett beschlossen. Neben den Leitprojekten Bodenrichtwertinformationssystem und den elektronischen Antrags- und Ablaufverfahren im Liegenschaftskataster, sind die Projekte FALKE und AFIS/ALKIS/ATKIS als Infrastrukturmaßnahmen und der internetbasierte Landkartenservice als Basiskomponente in den Masterplan aufgenommen worden. Den Infrastrukturmaßnahmen kommt dabei eine wichtige Rolle im Zusammenhang des Masterplans zu, da sie die Voraussetzung

für die gemeinsame Nutzung der grafischen und beschreibenden Daten für Informationssysteme darstellen.

Die Landesregierung hält eGovernment für ein zentrales Zukunftsprojekt zum Auf- und Ausbau leistungsfähiger Strukturen in der staatlichen und kommunalen Verwaltung. Mit dem Beschluss zum Masterplan ist ein weiterer wichtiger Meilenstein der Verwaltungsmodernisierung erreicht. Brandenburg hält entschieden Kurs in Sachen Verwaltungsmodernisierung und verfügt nunmehr über eine geeignete Grundlage, bis zum Jahr 2008 alle entsprechend geeigneten Dienstleistungen über das Internet verfügbar zu machen.

Innerhalb der Verwaltung sollen durch eGovernment die Geschäftsabläufe verbessert und neu strukturiert werden, die sich durch ein in den letzten Jahrzehnten immer dichter gewordenes Geflecht von rechtlichen Regelungen entwickelt haben. An die

Stelle von umständlicher Bürokratie sollen nach Vorstellung der Landesregierung entsprechende Kundenservices der Verwaltungen von Land, Landkreisen und Gemeinden treten, die über das Internet ortsunabhängig, schnell und einfach für Wirtschaft, Bürger und nicht zuletzt für die Verwaltungspartner selbst zur Verfügung gestellt werden. eGovernment ist eine große Chance zum Abbau von überflüssiger Bürokratie und Baustein für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort sowie ein bürgerfreundliches Land Brandenburg.

Dem Masterplan eGovernment liegt eine umfassende Analyse von eGovernment als Aktionsplan der Landesverwaltung zu Grunde. Sowohl die Erfahrungswerte des Bundes und anderer Bundesländer, der Europäischen Union als auch der Kommunen wurden berücksichtigt. Der Masterplan und der ihm zu Grunde liegende Aktionsplan treffen Aussagen zur Ausgangssituation und den Rahmenbedingungen von eGovernment im Land Brandenburg, dem Bedarf an internetfähigen Dienstleistungen der Wirtschaft, der Bürger, der Kommunen und der Verwaltung selbst. Die Landesregierung will mit dem Masterplan den Anschluss an die IT-Entwicklung herstellen und keinerlei Standortvorteile preisgeben. Aus diesem Grunde

wurden in den vergangenen Monaten intensive Gespräche mit den brandenburgischen Wirtschaftskammern geführt und die Bedürfnisse der Wirtschaft so weit wie aktuell möglich im Masterplan berücksichtigt. Dieser Ansatz soll beibehalten und fortentwickelt werden. Die enge Einbeziehung der wesentlichen Zielgruppen der öffentlichen Verwaltung in die weitere Entwicklung des eGovernment ist auch Bestandteil einer neuen Verwaltungskultur. Nur so kann eine breite Akzeptanz für die Entwicklungen im Land geschaffen und das Angebot am Bedarf ausgerichtet werden.

Im Masterplan werden die in der gesamten Landesverwaltung vorhandenen und geplanten eGovernment-Vorhaben aufgelistet sowie die Begleitmaßnahmen - wie beispielsweise Schulung und Personalentwicklung, Erschließung von Betriebs- und Finanzierungsmodellen und der Aufbau von Netzwerken - beschrieben. Eine über den bisherigen Austausch hinausgehende tiefergehende Einbindung der Kommunen soll mit der ersten Fortschreibung des Masterplans erfolgen. Der aktuelle Stand des Masterplans kann unter <http://www.lvnbb.de/sixcms/detail.php?id=170394> abgerufen werden.

(Heinrich Tilly, MI, Potsdam)

Der Verband Deutscher Vermessungsingenieure e.V. (VDV)

Die größte berufspolitische und fachbezogene Vertretung für Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure in Deutschland

Geschichte

Als sich 1949 Absolventen und Dozenten der Vorgängerin der Universität-Gesamthochschule Essen zur Gründung eines eigenen

berufsständischen Verbandes entschlossen, war der erfolgreiche Weg des Unternehmens „VDV“ nicht absehbar. Knappe Kassen und die Sorge um die berufliche Existenz auf-